

Thiel, Eberhard

Article — Digitized Version

## Hilfe für das Ruhrgebiet

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Thiel, Eberhard (1988) : Hilfe für das Ruhrgebiet, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 68, Iss. 3, pp. 116-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136373>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

Von den Flächenländern der Bundesrepublik hat Nordrhein-Westfalen in den letzten 15 Jahren am stärksten an ökonomischer Bedeutung eingebüßt. Eine den Bundesdurchschnitt übertreffende Arbeitslosenquote, Betriebsstillegungen in den hier traditionell stark vertretenen Montanbereichen sowie Unstimmigkeiten z. B. in energiepolitischen Fragen zwischen Bund und Land ließen wegen der Häufung der Probleme zunehmend ein negatives Image insbesondere für das Ruhrgebiet entstehen. Nach der Ruhrgebietskonferenz beim Bundeskanzler Ende Februar wird nun vielfach verkündet, daß sich die Stimmung geändert und daß das dabei vorgestellte Hilfsprogramm die Hoffnungen für eine künftig günstigere Entwicklung gestärkt habe.

Ohne Zweifel ist eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Bund und Land vorteilhafter als eine verunsichernde Konfrontation. Eine positive Beurteilung der Konferenz fällt auch deswegen leicht, weil dieses Resultat zunächst mit Hilfe relativ geringer Mittel zustande kam; Bonn und Brüssel wollen eine halbe Milliarde D-Mark zusätzlich an Fördermitteln vergeben; dieser Betrag, der durch die Beteiligung Nordrhein-Westfalens auf eine Milliarde D-Mark aufzustocken wäre, wird über mehrere Jahre verteilt anfallen.

Diese Fördermaßnahmen sollen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur Unternehmen zu Investitionen anreizen und kommunale Investitionsvorhaben unterstützen. Positiv ist zu vermerken, daß nicht der Versuchung nachgegeben wurde, etwa zukunftsträchtig erscheinende Wachstumsproduktionen zu identifizieren und gezielt zu fördern oder eine erneute Anhebung der Subventionen an die Stahlindustrie und an den Steinkohlenbergbau vorzunehmen; beide Bereiche werden wohl auch in Zukunft durch andere sektoral aus-



Eberhard Thiel

## Hilfe für das Ruhrgebiet

gerichtete Hilfen unterstützt werden. Die gewählte Form der regional abgegrenzten Förderung arbeitsplatzschaffender Investitionen ist dagegen sektoral umfassender angelegt.

Die Ausdehnung der bisher schon bemerkenswert breitgefächerten Investitionsförderung dürfte dagegen zu einer relativen Verminderung des Anreizes führen, aufgrund dieser Maßnahmen gerade in einer bestimmten Region zu investieren. Erhöhungen bereits gewährter Hilfen könnten zusätzliche Anreize schaffen. Mit Sicherheit wird dann aber der Anspruch bisher diskriminierter Regionen auf ähnliche Unterstützungen zunehmen, obgleich bei einer Berücksichtigung weiterer Problemregionen die Effizienz der Förderung immer geringer ausfällt.

Dieses gilt insbesondere für die Investitionshilfen zugunsten von Unternehmen. Etwas anders verhält es sich mit der Unterstützung gemeindlicher Vorhaben, die im Rahmen großräumiger Planungen zu bewerten sein werden. Wenn dadurch die Attraktivität der durch die Konzentration der Montanindustrie besonders belasteten Städte Nordrhein-Westfalens in Richtung auf einen den modernen Ansprüchen der Unternehmen und der Bevölkerung

genügenden Standard gesteigert werden könnte, wären breitgelagerte positive sozioökonomische Effekte zu erwarten.

In eine ähnliche Richtung zielen auch einige der übrigen auf der Konferenz vorgestellten Maßnahmen. Zum einen enthalten sie vorgezogene und verstärkte Investitionsvorhaben bei Bundesbahn und Bundespost sowie im Straßenbau. Zum anderen werden Faktoren gestärkt, die erst mittelfristig die Leistungsfähigkeit der Region beeinflussen und dabei neue Akzente setzen; dazu gehören die Unterstützung und Erweiterung von Forschungsinstitutionen und insbesondere auch Vorkehrungen zur Erhaltung, Modernisierung und Erweiterung von Kapazitäten im Bereich der Ausbildung und der beruflichen Weiterbildung.

Ob sich schon kurzfristig ein Erfolg speziell am Arbeitsmarkt einstellt, hängt nun davon ab, ob ansässige oder ansiedlungswillige Unternehmen tatsächlich förderfähige Investitionsvorhaben vorweisen und ob die Kommunen entsprechende Projekte zur Modernisierung ihrer Infrastruktur vorschlagen können. Außerdem ist die Frage zu beantworten, auf welche Art die beteiligten öffentlichen Hände die Finanzierung ihrer Leistungen sichern wollen. Einer zusätzlichen Verschuldung ist sicherlich eine Umschichtung auf der Ausgabenseite vorzuziehen, wengleich dabei wiederum unerwünschte regionale Effekte nicht ausgeschlossen werden können.

Es ist wohl auch zu erwarten, daß andere Problemregionen der Bundesrepublik auf die Veranstaltung ähnlicher Konferenzen drängen. Da die Verteilung zusätzlicher Gelder auch dort nur gering ausfallen könnte, bliebe lediglich die Aussicht auf eine gewisse Verbesserung des regionalen Images – und auch das nur, solange es nicht zu einer Inflation solcher Konferenzen kommt.